IM KREISTAG
LANDKREIS GÖPPINGEN

Haushaltsrede 2018

zum Kreishaushalt 2019

Göppingen, 9. November 2018
es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, die Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden, in Ihrer, vom Kommunalrecht in Baden-Württemberg nicht vorgesehen Kuschelrunde, der Fraktionsvorsitzenden- Runde, vertreten ja die Meinung, dass ich als Einzelkreisrat kürzer reden sollte, als die wichtigen anderen Parteien in diesem Gremium.

In den letzten Jahren haben Sie mir immer,, vor der Haushaltsrede dass Signal dieser Runde weitergeleitet, mit der Bitte um einen kürzeren Redebeitrag. Sehr geehrter Wolff, wie es in den Wald rein ruft, schallt es zurück. Ich möchte nur an die Zwischenrufe der letzten Sitzung oder gesellschaftspolitische Mailentgleisungen von Kollege Maichle oder erst kürzlich von Kreisrat Lebender erinnern.

Zum einen gibt es im Kreistag keine Redezeitbegrenzung, zum anderen haben die Verwaltungsgerichte klar festgelegt, dass die Haushaltserwiderung das Königsrecht in der Kommualpolitik ist und somit nicht zeitlich begrenzt werden darf. Deshalb nehme ich mir heute die Zeit die ich benötige. Gerne erinnere ich erneut an mein Angebot zu Beginn meiner Rede, im Foyer gibt es Kaffee, die Raucher können vor die Tür.

In diesem Kontext weise ich darauf hin, dass ich noch im November die Rechtmäßigkeit der Kreisfraktionsvorsitzenden Runden vom RP überprüfen lasse.

Doch nun zur Politik:

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Verteilungsfrage ernsthaft stellt. Der Mindestlohn, der dann letztendlich von CDU und SPD - zwar deutlich zu niedrig und löchrig - eingeführt wurde, ist ein solches Beispiel. Aus aktuellem Anlass: Zum meinem Antrag **(Antrag 1)** auf eine freiwillige Erhöhung der Kreisverwaltung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde – darunter landet man übrigens definitiv in Altersarmut bin ich auf das Abstimmungsverhalten der SPD Fraktion sehr gespannt. Hat sich doch Ihr Herr Scholz mit seiner Rumpf-SPD nun der LINKEN mit seiner Forderung nach Erhöhung auf 12.- € angeschlossen, vermutlich zu spät. Denn ein Regierungswechsel mit GRÜNE / SPD / LINKE geht inzwischen rechnerisch weder in Hessen noch im Bund, dank der am Boden liegenden Sozialdemokratie.

Hier in der Region oder vor Ort haben wir eine vergleichbares „rumgeeiere". Die Göppinger Kreis-SPD ist für ein Sozialticket, die Kolleg_innen im Esslinger Kreistag sind dagegen. DIE LINKE hat jahrelang die Einführung eines Sozialtickets gefordert und nun ist es endlich da zumindest im Filsraum. Wir werden jedoch weiter landesweit für einen steuerfinanzierten, fahrscheinfreien, öffentlichen Nahverkehr streiten. Günstige Tickets für immer mehr Menschen sind jedoch ein Schritt in die richtige Richtung. Hier gilt es vor Ort praktikable Lösungen auch für die Metropolregion zu finden.

Fakt ist jedoch, dass eine große Anzahl in diesem Hause es zu verantworten hat, dass das aktuelle Verhandlungsergebnis zum VVS Beitritt immer noch als nicht günstig genug angesehen wird. Längst war ein Beitritt überfällig, ein großes Versäumnis, dass Sie zu verantworten haben. Ich werfe Ihnen das explizit vor, weil der aus meiner Sicht wichtigere Aspekt – die Mobilität für Menschen ohne PKW für Sie praktisch keine Rolle spielt.

Daher haben Sie sich auch keine Mühe gemacht, die in den Vorjahren von der Verwaltung vorgetragenen, teilweise auch an den Haaren herbeigezogenen Zahlen zu hinterfragen. Besonders heuchlerisch und verlogen finde ich hier den CDU Antrag, den die Spatzen bereits von den Dächern pfeifen, dass Sie mal wieder Klärungsfragen haben, die die Kreisverwaltung erst beantworten soll, bis Sie sich entscheiden können.

Na verdammt noch Mal haben Sie keinen A.. - in der Hose und sind so wirbellos, dass Sie nicht zu Ihrer geplanten Ablehnung stehen. Es wird Ihnen NICHT gelingen die Entscheidung nach der Kommunalwahl zu treffen.

Ich hoffe, dass Sie, die große Mehrheit in diesem Raum, sich vielleicht gerade den Vorwurf zu Herzen nimmt, nicht richtig für die Bürger_innen im Kreis in die Zukunft zu wirtschaften. Geht es doch in der Regel bei einer Großzahl von Ihnen bei Ihren Fehl-Entscheidungen hauptsächlich um das liebe Geld

Und um Geld ging es auch bei vielen weiteren Entscheidungen. Der Rückzug der öffentlichen Hand aus immer mehr Lebensbereichen macht auch hier nicht Halt, weil Sie, meine Damen und Herren, der irrigen Annahme unterliegen, dass die Versorgung von Menschen einzig unter dem Kostenaspekt gesehen werden muss.

Andere Bereiche sind gänzlich oder zum großen Teil privatisiert und somit der demokratischen Kontrolle noch weiter oder komplett entzogen. Die Müllverbrennungsanlage ist hier sicherlich ein Beispiel. Im Übrigen ziehen dort die Eigentümer jedes Jahr große Summen raus und verdienen richtig Geld mit der Entsorgung.

Was Sie sich da von der SPD erlaubt haben meinen Damen und Herren der SOZIALDEMOKRATIE, SOZIAL, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, müsste einen Willy Brandt oder einen Herbert Wehner, dem Sie unlängst im Kreis eine Veranstaltung widmeten, aus dem Grabe heraus treiben und zum Erbrechen bringen.

Dass Sie jetzt auch noch die Frechheit besitzen bezüglich der Rekommunalisierung, die gerade Sie selbst auf über ein Jahrzehnt mit Ihren Stimmen verhindert haben, einen Ausschuss zu diesem Thema fordern ist unfassbar. Soviel Dreistigheit kann es doch nicht wirklich geben, sprang mir in den Kopf, als ich diese Forderung zur Kenntnis nehmen musste. Kollege Christian, dass Sie dann die Anhänger der Rekommunalisierung in diesem Gremium dazu öffentlich auffordern Ihren Antrag mit dem Ausspruch: "Wir sollten Taten folgen lassen und Ihren Antrag zu unterstützen" ist entweder dümmlich, doch dumm sind Sie nicht, oder es bleibt nur eine bodenlose Frechheit übrig. Falls Sie aber glauben sollten, Sie könnten sich mit diesem scheinheiligen Plazeboantrag vor den betrogenen Bürgerinnen und Bürgern reinwaschen, dann machen Sie den größten aller Fehler: Sie versuchen die Bevölkerung für dumm zu verkaufen, doch lassen Sie sich gesagt sein, so dumm sind unsere Kreisbürgerinnen und Bürger nicht.

Andere privatisierte Bereiche wie die Gebäudereinigung in unseren kreiseigenen Gebäuden oder die Aufsichtsdienste müssen ebenfalls dringend wieder rekommunalisiert werden. Warum können denn beispielsweise die privaten Reinigungsdienste billiger arbeiten? Das geht nur auf dem Rücken derjenigen, die dort arbeiten.

Weniger Jobsicherheit, weniger Lohn, eine schlechtere Altersvorsorge und schlechtere Arbeitsbedingungen. Das ist definitiv etwas, was Sie verantworten, wenn Sie meinen Antrag auf Gründung eines Kreiseigenbetriebes ablehnen. Dass müssen Sie dann mit ihrem Gewissen vereinbaren.

Doch noch einmal zurück zum Begriff Demokratie:

Die Abstimmung über die Zukunft der des Müllheizkraftwerkes war aus demokratischer Sicht zugleich Hoffnungsschimmer, dass sich wenigsten die Mehrheit hier als Volksvertreter_innen fühlt. Hoffnungsschimmer deshalb, weil die SPD ja öffentlich die Rekommunalisierung gefordert hat: Am 18.9. war noch in der NWZ zu lesen Sie hätten als Fraktion beschlossen:

„Die Kündigungsmöglichkeit des Vertrags zum 31. Dezember 2025 soll wahrgenommen werden. In der Zeit bis zum 31. Dezember 2021 soll die Verwaltung die Möglichkeit einer Rekommunalisierung des Müllheizkraftwerks prüfen und die Finanzierbarkeit darstellen."

und weiter führten Sie Frau Widmaier Sie öffentlich aus, die Sozialdemokraten seien – wie schon vor mehr als 20 Jahren, als die Anlage privatisiert wurde – der Meinung, ich zitiere:

„dass alles, was zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört, auch in öffentlicher Hand bleiben sollte. Nur so können Entscheidungen beeinflusst, und kann im Sinne der Einwohnerschaft gehandelt werden."

Ich teile die letzte Aussage zu tausend Prozent.

Ihnen ist also schon klar dass die logische Folgerung Ihrer Aussage ist:

SIE HANDELTEN NICHT IM SINNE DER EINWOHNERSCHAFT!

Das ist der politische Offenbarungseid Ihrer Kreis-SPD

Nur zwei SPD Kollegen hatten den Bürger_innen gegenüber Anstand und sagten NEIN.

In der Vergangenheit nahezu undenkbar, dass einzelne Vertreter von SPD oder CDU gegen die Linie der eigenen Fraktion abstimmen. Womit wir wieder beim Offenbarungseid wären.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende erklärte vor der Abstimmung indirekt verstohlen, dass ihre Fraktion die Abstimmung frei gegeben habe. Eine ähnliche Auffassung zu Abstimmungen gibt es ja auch im deutschen Bundestag. Da waren ja auch viele Abgeordnete erstmals in der Lage so abzustimmen, wie sich es für richtig halten und zwar, als Angela Merkel die Abstimmung über die Gleichstellungen von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften frei gegeben hat. Toll, soviel Mut!

(5)

Meine Damen und Herren und auch vielleicht für die anwesenden Pressevertreter:

Man muss und kann keine Abstimmungen frei geben. Gewählte Volksvertreter in Deutschland haben ein freies Mandat. Sie sind nur ihrem Gewissen verpflichtet. Einen sogenannten „Fraktionszwang" gibt es rechtlich nicht. Es wäre schön, wenn dies auf allen Ebenen vom Stadtrat, über Kreis- und Landtage bis zum Bundestag verinnerlicht würde. Vielleicht käme man dann zu besseren Entscheidungen. Zumindest wären diese demokratischer.

Ja dem Gewissen verpflichtet, ob einige Kollegen und Kolleginnen ein solches, als Volksvertreter und Vertreterinnen, der Kreisbevölkerung gegenüber haben ist ernsthaft zu bezweifeln, wenn man deren Verhalten bei den Themen VVS Beitritt und Müllheizkraftwerk betrachtet.

Und wo ich gerade beim Thema „Fraktionszwang" war möchte ich gerne noch ein paar Sätze zum Stellenwert des Parteibuchs verlieren. Vor Kurzem war ich mal wieder bei der Konferenz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Die Interessenlage der kommunalen Familie ist doch eigentlich so homogen, dass aus den Kreisen, Städten und Gemeinden viel mehr Druck auf Bund und Land gemacht werden müsste, um endlich für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen.

Leider sitzen die meisten Vertreter, hier wie anderswo auch, in erster Linie für CDU & SPD auf ihrem Stuhl. Dabei hat jeder Abgeordnete hier die Interessen des Kreises zu vertreten und nicht die Interessen der CDU, SPD, FDP, GRÜNE, Freie Wähler oder der Partei DIE LINKE. Deswegen passiert auch nichts. Wir verwalten Mangel.

Deswegen sind kommunale Haushaltspläne völlig ambitionslos. Deswegen wird überall zu wenig investiert. Der Investitionsstau in den Kommunen wurde auf knapp 200 Mrd. Euro beziffert! Die Symptome werden auch regelmäßig benannt. So auch hier und heute wieder, in den Haushaltsreden von nahezu allen Fraktionen.

Würden Sie sich mehr für ihre Städte und Gemeinden und unseren Kreis einsetzen, dann würden sie sich mehr mit ihrer eigenen Partei in Bund und Land anlegen müssen, denn so geht es nicht weiter. Die Kassenkreditfalle droht nahezu allen Kommunen. Und nicht, weil wir hier im Kreishaus goldene Wasserhähne haben. Wir hatten ja bislang nicht mal eine funktionierende Mikrofonanlage im alten Sitzungssaal und die hier in der Stadthalle in Göppingen ist auch nicht der Hit.

Den Kreis - Kämmerer muss ich hier mal wieder in jährlicher Folge positiv hervorheben – ich hoffe, dass Ihnen das nicht zum Nachteil gereicht - weil er sich mal wieder nicht gescheut hat, bei seiner Rede zu Einbringung des Haushalts deutlich auf die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen hinzuweisen.

Mir ist wichtig, dass der VVS Beitritt kommt. Die Klinikpläne umgesetzt werden können, deshalb habe ich als Volksvertreter der Partei DIE LINKE soviel Verantwortungsbewusstsein und habe diesmal nur 3 Anträge.

Ich mahne zur Kostendisziplin beim Klinikbau und auch zu möglichen Rotstiftaktionen. Der darf nicht beim Personal angesetzt werden.

(6)

Auch ist Minister Luchas Finanzspritze nicht ein Fahrschein für eine Kostenexplosion beim Klinikbau. Ich versteh die Großzügigkeit der Landesregierung als Unterstützungsticket für den VVS Beitritt. So sollten Sie das Ganze mal betrachten.

Ach ja und nur nebenbei bemerkt, Ihre beliebten Prüfanträge zeigen, dass Sie Haushaltsanträge nicht verstanden haben. Sie können das ganze Jahr der Verwaltung Anträge mit Überprüfungen zukommen lassen. Dazu bedarf es nicht des Haushaltes, kleiner Tip vom LINKEN!

Mein erster Antrag ist ja die freiwillige Mindestlohnzahlung der Verwaltung von 12.- € ab 1.01.2019,

der 2. Antrag betrifft sofortige Gründung eines Eigenbetrieb Reinigung

und mein 3. und letzter Antrag sind das Angebot der Kreisverwaltung zur Teilnahme von Kreisräten an kostenlosen Fortbildungsmassnahmen zur Kommunalpolitik, bei der Konrad Adenauer-Stiftung, der Friedrich Ebert Stiftung, der Friedrich Naumann Stiftung, Heinrich Böll Stiftung und der Rosa Luxenburg Stiftung, mindestens 2 Mal pro Jahr.

Doch ich habe noch etwas, dass ich wichtiger finde als jährliche Haushaltsentwürfe. Vielleicht hat es etwas von der Tradition, die Cato der Ältere mit seinem *Ceterum Censeo* begründet hat:

Deutschland geht es nicht gut. Mittlerweile gibt es fast 900.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Tendenz steigend. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich, befristet und können von ihrer Arbeit nicht richtig leben. Immer mehr Menschen leben in Altersarmut und durch die vielen Niedriglöhner wird das in Zukunft dramatisch mehr werden. Immer mehr Menschen sind verschuldet. 40% der Menschen in Deutschland haben weniger Einkommen, als noch in den Neunzigerjahren. Es werden immer mehr vom Wohlstand abgekoppelt.

Auf der anderen Seite scheffeln einige Wenige Millionen und Milliarden ohne einen Finger krumm zu machen. Die zahlen zum Teil nicht einmal Steuern oder nur unerheblich wenig. Die entscheidende Frage unserer Zeit ist, neben der Frage wie wir mit unserer Umwelt umgehen, die Verteilungsfrage. Sorgen wir nicht für mehr Verteilungsgerechtigkeit, dann wird uns hier über kurz oder lang alles um die Ohren fliegen.

Derzeit ist DIE LINKE die einzige Partei, die die Verteilungsfrage ernsthaft stellt. Ich hoffe, dass es so ist, wie in meinen Beispielen am Anfang. Hier dürfen sie gerne bei uns abkupfern.

(7)

Meine Rede möchte ich mit den klugen Worten von dem Philosophen Karl Jaspers beenden:

Wer weiterlebt wie bisher,
hat nicht begriffen, was droht;
es nur intellektuell zu denken,
bedeutet nicht,
es auch in die Wirklichkeit seines Lebens aufzunehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Stähle
Kreisrat